

Einwohnerrat reagiert auf Badi-Petition

An der Thaynger Einwohnerratsitzung haben die Räte eine offizielle Antwort auf die Bittschrift «Badi Büte endlich vors Volk!» formuliert. Darin schreiben sie, dass der Rat die Ausarbeitung einer kostspieligeren Badi seitens der Badikommission begrüßen würde.

Tobias Bolli

THAYNGEN. Badi, Seniorenzentrum, Kesslerloch. Diese drei Themen beschäftigen Thayngen wohl am meisten und am längsten. Alle wurden sie an der Einwohnerratsitzung am Donnerstag mit Emphase diskutiert, bisweilen sogar mit einer gewissen Heftigkeit. Sozusagen als Aufwärmrunde stand eine abschliessende Lesung des Anstellungs- und Gehaltsreglements an, welches die Ratsmitglieder in einer vergangenen Sitzung Paragraf für Paragraf durchgearbeitet hatte (die SN berichteten). In einem letzten Schritt ging es darum, die Antworten des Gemeinderats auf gemachte Einwendungen zu beurteilen sowie Änderungsvorschläge zu diskutieren. Das Reglement betrifft die über 200 Angestellten der Gemeinde, worunter sich auch die Beschäftigten des Seniorenzentrums Im Reiat befinden.

Diese werden laut neuem Reglement bei Wochenend-, Spät- und Nachteinsätzen Zulagen in der Höhe von 7 Franken pro Stunde erhalten. Zum Vergleich: Im Spital Thurgau betragen die Zulagen für solche Einsätze stündlich rund 6,3 Franken. Ferner wird der Pikettdienst mit einem zusätzlichen Franken pro Stunde und einem Zeitausgleich attraktiver gemacht. Die Änderung wird die Gemeinde pro Jahr gut 55000 Franken kosten. Joe Bürgi (FDP) erinnerte daran, dass sich die Zulagen auf die schwierige finanzielle Lage des Seniorenheims auswirken werden. «Ich will bloss nicht, dass später deswegen reklamiert wird», sagte er. Abgelehnt wurde ein Antrag von Marco Passafaro (SP), der sich für die Beibehaltung eines Artikels aus dem alten Reglement aussprach. Dieser hatte besagt, dass über 50-jährige Arbeitnehmende, welchen nach mindestens 20 Dienstjahren ohne ihr Verschulden gekündigt wird, sechs Monate lang weiterhin Lohn beziehen können. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Totalrevision ohne Gegenstimme angenommen.

Furcht vor den Lastwagen

Das nächste Traktandum drehte sich um ein zuverlässig kontroverses Thema: die Verkehrsführung von und zum Kesslerloch. Der Gemeinderat beantragte, dass eine Motion von Passafaro ad acta gelegt werden kann. Passafaro hatte gefordert, alternative Verkehrsführungen zu prüfen, welche an einer vergangenen Sitzung von einem externen Experten bereits erörtert worden waren. Der Einwohnerrat sprach

sich nach einer emotionalen Diskussion mit knapper Mehrheit gegen die Abschreibung der Motion aus. «Es liegt nicht in meiner Absicht, diese Firma zu verhindern», sagte Motionär Passafaro, «aber die Gemeinde muss handeln können, wenn auf einmal mehr Lastwagen durch Thayngen fahren.» Ein Teil des Dorfes fürchte sich vor einem solchen Szenario, weshalb dem Einwohnerrat eine Aufsichtspflicht zukomme.

Eine Frage der Verbindlichkeit

Hannes Wipf (GLP) sprach Passafaro seine «symbolische Unterstützung» zu. Die SwissImmoRec AG, welche beim Kesslerloch eine Recyclinganlage betreibt, könne in Zukunft bis zu achtmal mehr Material umsetzen als jetzt, was mit deutlich mehr Lastwagenfahrten einhergehen würde. «Der Gemeinderat sollte Nägel mit Köpfen machen und die maximale Anzahl Lastwagen verbindlich festlegen», sagte Wipf. Die im Umweltverträglichkeitsbericht gemachten Aussagen – dort ist von maximal 42 Lastwagen pro Tag die Rede – besässen dagegen keine Verbindlichkeit. Urs Schöttli (SVP) sah die Motion klar als beantwortet an. «Alle oberirdischen Optionen sind auf den Plänen abgebildet. Was müsste denn noch passieren, dass die Motion abgeschrieben werden kann?», fragte er rhetorisch. «Ich kann nachvollziehen, dass der Verkehr reguliert werden soll, aber dieses Anliegen ist einfach nicht Teil der Motion.»

Kesslerloch bleibt auf dem Radar

Hochbaureferent Christoph Meister konnte die Bedenken der Gegenseite ebenfalls nicht nachvollziehen. Es stimme nicht, dass der Gemeinderat gegenüber der Swiss-ImmoRec AG hilflos sei. «Wir haben Mittel, um einzugreifen, zum Beispiel sind viele 30-er Zonen erst nachträglich erstellt worden.» Bei Massnahmen gelte es aber, definierte Grenzwerte zu beachten, die von der subjektiven Belastungswahrnehmung bisweilen abweichen könnten. «Alle Studien sagen, dass der Verkehr laut Norm noch siedlungsverträglich ist», sagte Meister. Es dürften das nicht die letzten Diskussionen über das Kesslerloch gewesen sein. Mit der Aufrechterhaltung der Motion wird sie auf der Pendenzenliste des Gemeinderates bleiben, auch wenn unklar ist, was dieser nun konkret mit der Motion machen soll.

Nach einer Pause kam der Einwohnerrat auf die im April überreichte Petition «Badi Büte endlich vors Volk!» zu sprechen, die von rund einem Fünftel der erwachsenen



Viel Ausdauer: Gut dreieinhalb Stunden dauerte die Sitzung des Einwohnerrates.

BILD TOBIAS BOLLI

«Die Gemeinde muss handeln können, wenn auf einmal mehr Lastwagen durch Thayngen fahren.»

Marco Passafaro
Einwohnerrat SP

Stimmbürger in Thayngen unterzeichnet wurde. Der Einwohnerrat beriet darüber, wie seine Antwort auf die Bittschrift ausfallen soll. Die SVP äusserte sich kritisch zum vorgeschlagenen Antwortschreiben. «Eigentlich müsste die Begründung des Mehrheitsentscheides Teil der Antwort sein», forderte Urs Schöttli. Diese aber fehle komplett. Weiter äusserte er grundsätzliche Bedenken. «Wollen wir neu Mehrheitsentscheide auf diese Art und Weise aushebeln – auch in anderen Sachgeschäften? Wenn wir so politisieren, fragen sich einige wohl zu recht, ob der Einwohnerrat nicht doch besser abgeschafft werden sollte.»

SP will zusätzliche Mittel

Der Antrag der SVP auf die Streichung zweier Passagen wurde abgelehnt. In diesen steht, dass der Einwohnerrat die Prüfung einer kostspieligen Variante «obere Mittelklasse» seitens der Badikommission begrüßen würde. Diese Variante würde das vom Einwohnerrat beschlossene Ausgabendach in der Höhe von effektiv 8,6 Millionen Franken aber sprengen. Zuletzt wurde eine dringliche Motion der SP behandelt, in welcher die Linkspartei eine Kehrtwende vollzog. Hatte sie zuvor zu-

sammen mit der SVP noch auf einem Kostenrahmen von 8,6 Millionen Franken beharrt, forderte sie neu, dass stattdessen 9,13 Millionen Franken für die Badi ausgegeben werden kann. Darin einbegriffen ist, wie üblich bei einem Vorprojekt, eine Kostenunschärfe von plus oder minus 15 Prozent. Zuvor hatte die Partei eine zusätzliche Expertise eingeholt und die Baukosten von einer zweiten Partei schätzen lassen. Darauf basierend habe man die Erkenntnis erlangt, dass «man mit etwa 10,5 Millionen Franken klarkommen sollte», sagte Passafaro.

Vonseiten der SVP wurde eingewandt, dass dieser Betrag zu hoch sei, hingegen meinte Joachim Ruh (GLP), dass er zu tief angesetzt und mit dieser Summe kein gescheitertes Projekt umzusetzen sei. Schliesslich entschied der Einwohnerrat mit sechs gegen acht Stimmen, die Motion nicht an den Gemeinderat zu überweisen. Das grundsätzliche Problem bleibt damit bestehen: Einerseits scheint sich eine Mehrheit eine Badi mit 50-Meter-Becken zu wünschen. Andererseits scheint eine solche Badi mit den vom Einwohnerrat beschlossenen Mitteln nicht – oder nur mit grossen Kompromissen – umsetzbar zu sein.